

# Krakauer Zeitung.

Nr. 221.

Donnerstag, den 27. September

1860.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementsspreis: für Krakau 4 fl. 20 Nkr., mit Versendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Inserationsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergepaltenen Petitzelle für IV. Jahrgang. die erste Einrückung 7 kr., für jede weitere Einrückung 3½ Nkr.; Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung“. Zusendungen werden franco erbeten.

## Einladung zur Pränumeration auf die „Krakauer Zeitung“

Mit dem 1. Oktober 1860 beginnt ein neues vierjähriges Abonnement unseres Blattes. Der Pränumerations-Preis für die Zeit vom 1. Oktober bis Ende December 1860 beträgt für Krakau u 4 fl. 20 Nkr., für auswärts mit Inbegriff der Postzusendung, 5 fl. 25 Nkr. Abonnements auf einzelne Monate werden für Krakau mit 1 fl. 40 Nkr., für auswärts mit 1 fl. 75 Nkr. berechnet.

Bestellungen sind für Krakau bei der unterzeichneten Administration, für auswärts bei dem nächst gelegenen Postamt des In- oder Auslandes zu machen.

## Die Administration.

### Amtlicher Theil.

St. I. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 17. September d. J. die Vergebung des Konsuls, August Lenk v. Wolfsberg, von Trapezunt nach Jerusalem, des Konsuls, Karl Dragorich, von Scutari nach Tarsus und des Vice-Konsuls, Georg von Marlyt, von Tarsus nach Mostar, unter allernächstiger Verleihung des Konsulstitutes auf personalem an den Letzteren, zu genehmigen; ferner den Vice-Konsul, Joseph Dubrovic in Mostar, zum Konsul in Scutari, den Honorar-Vice-Konsul in Sulina, Alois Bisovich, zum Vice-Konsul in Tarsus und den Konsular-Agenten in Neapel, Santi Scotti, zum Honorar-Vice-Konsul in Sulina, sämmtliche mit den für diese Person systematisch Beugien verbürgt.

St. I. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 12. September d. J. die Vergebung des Konsuls, August Lenk v. Wolfsberg, von Trapezunt nach Jerusalem, des Konsuls, Karl Dragorich, von Scutari nach Tarsus und des Vice-Konsuls, Georg von Marlyt, von Tarsus nach Mostar, unter allernächstiger Verleihung des Konsulstitutes auf personalem an den Letzteren, zu genehmigen; ferner den Vice-Konsul, Joseph Dubrovic in Mostar, zum Konsul in Scutari, den Honorar-Vice-Konsul in Sulina, Alois Bisovich, zum Vice-Konsul in Tarsus und den Konsular-Agenten in Neapel, Santi Scotti, zum Honorar-Vice-Konsul in Sulina, sämmtliche mit den für diese Person systematisch Beugien verbürgt.

Se. I. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 24. September d. J. die im Districtual-Convente zu Bries im Juni d. J. vollzogene Wahl des Bergrathes, Ferdinand Landauer, zum Inspector der Preßburger evangelischen Superintendent Augsburgischer Konfession allernächstig zu bestätigen verfügt.

Der Justizminister hat den Rathsekretär und Staatsanwälts-Substituten bei dem Kreisgerichte in Bieczow, Marcell Gajowski, über sein Ansuchen zu dem Landesgerichte in Lemberg zu übersehen und zugleich den Gerichts-Adjunkten bei diesem Landesgerichte, Julian Garbowksi, zum Rathsekretär und Staatsanwälts-Substituten bei dem bezeichneten Kreisgerichte zu ernennen befunden.

### Nichtamtlicher Theil.

#### Krakau, 27. September.

Die preußische Antwort auf das gestern mitgetheilte österreichische Memorandum in der Zollvereinungsfrage lautet: Durch den kaiserlich österreichischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister, Grafen v. Karolpi, ist der königlich preußischen Regierung Anfang Juli d. J. ein Promemoria im Betreff der Wiederaufnahme commissarischer Verhandlungen zwischen dem Zollvereine und Österreich unter dem Gesuch, darüber die Ausserung der königlichen Regierung zu erhalten, mitgetheilt worden. In diesem Promemoria wird der Inhalt der von Preußen, Bayern und Sachsen unter dem 23. September v. J. an Österreich gerichteten Eröffnung und der österreichischenseits unter dem 13. October vorigen Jahres darauf ertheilten Erwiderung recapitulirt und constatirt, daß Bayern und Sachsen sich mit dem in dieser Erwiderung ange deuteten sofortigen Uebergange von den im Artikel 3 des Vertrages vom 19. Februar 1853 verabredeten zu den im Artikel 25 vorhergehenden Verhandlungen ausdrücklich einverstanden erklärt haben, während von Preußen eine Antwort bisher nicht er folgt sei, und es wird aus dieser Darstellung der Sachlage die Folgerung gezogen, daß es sich gegenwärtig nicht mehr um Fortsetzung der Verhandlungen im Sinne des Art. 3 a. a. D. handle, sondern daß die Einleitung der für das laufende Jahr 1860 im Art. 25 vorhergehenden Verhandlungen an der Reihe stehe. Zu einer Rückäußerung auf die Note des Grafen von Reichenberg vom 13. October v. J. lag nach diesseitiger Ansicht keine Veranlassung für Preußen vor. Aus den in dieser Note enthaltenen Bemerkungen über das Verhältniß der im Artikel 3 des Vertrages verabredeten zu den im Artikel 25 desselben vorgegebenen Verhandlungen konnte eine solche Veranlassung schon deshalb nicht hergeleitet werden, weil jene Bemerkungen nicht den Charakter eines bestimmten Antrages trugen, sondern sich nur als eine Motivirung der Bedenken darstellen, welche österreichischerseits gegen die Wiederaufnahme der im April 1858 vertagten Verhandlungen

geltend gemacht wurden — eine Motivirung, auf welche man diesseits nicht weiter einzugehen hatte, da der österreichische Regierung von vorn herein die Entschließung über die Wiederaufnahme dieser Verhandlungen überlassen worden war. Wenn die kaiserlich österreichische Regierung gegenwärtig darüber unterrichtet zu sein wünscht, ob auch diesseits die Verhandlungen des Art. 3 des Vertrages vom 19. Februar 1853 als erledigt und diejenigen des Art. 25 als fällig angesehen werden, so kann zwar nicht unbemerklich bleiben, daß bei Abschluß des Vertrages vom 19. Februar 1853 eine gewisse Stufenfolge der gegenseitigen Verkehrs-Erlichterungen vorge schwobt hat, und daß diese Stufenfolge

Nachricht vom Siege über Lamoricière's Truppen reicht nicht hin, um die Verstimmung über Garibaldi's Hal tung zu beseitigen. Der General will durchaus nicht von seinem Vorfahe, gegen Rom zu ziehen, ablassen, noch hat er seine Feindseligkeiten gegen das Ministerium aufgegeben. Er soll sogar den sofortigen Abschluß beider Sicilien angeboten haben, wenn der König Favouri und Farini entlassen wolle. Selbst die Freunde des Dictators zuden über dieses Benehmen Garibaldi's die Achsel. Die Verlegenheit des hiesigen Cabinets ist eine um so größere, als Lord John Russell unter dem 8. September eine Note hierher geschickt hat, welche der Sache Italiens durchaus nicht günstig ist. „Elle est sévère!“ sagt mir mein Gewährmann. Von Österreich fürchtet man keinen Angriff — aber es wird doch von einer sehr unangenehmen diplomatischen Mitteilung dieser Macht an die europäischen Gabine te gesprochen. Der König ist, wie ich höre, fast ganz auf Favouri's Seite, und er thut, was er kann, um den Dictator zu beschwichten und von den Gefahren zu überzeugen, welche Italiens Sache durch seine Haltung zu befürchten hat. Man sagt mir sogar, daß der König die Absicht habe, sich persönlich nach Neapel zu begeben. Man glaubt allgemein, daß die Ausführung dieses Entschlusses die beste Wirkung haben würde. Wie wir heute in Erfahrung bringen, ist Herr Negro angewiesen worden, seinen Posten nicht vor Ende dieses Monats zu verlassen. Wahrscheinlicher Weise dürfte

Voranschlägen der Ministerien des Innern, der Justiz und der Polizei enthalte, welche, wie bekannt, einem besonderen Subkomitee zugewiesen waren. Dieser Abschnitt lautet:

„Das Komitee konnte, indem es im weiteren Verlaufe seiner Aufgabe an die Prüfung der Voranschläge der Ministerien des Innern, der Justiz und der Polizei ging, sich nicht verhehlen, daß wenig Aussicht vorhanden sei, innerhalb des Rahmens der gegenwärtigen Administration dieser Zweige der öffentlichen Gewalt und auf der Basis des denselben bedingenden Systems wesentliche Ersparnisse an dem veranschlagten Erfordernisse zu erzielen.“

„Seit einer Reihe von Jahren ist — wie allgemein bekannt — der bestimmteste Antrag an alle Ministerien ergangen, alle nur immer thümlichen Ersparnisse in den betreffenden Ressorts einzuführen.“

„Ferner hat durch mehrere Monate eine eigene Kommission getagt, deren spezielle Aufgabe es war, alle jene Reduktionen in den Staatsausgaben zu beantragen, welche sich als möglich nur immer ergäben.“

„Es ist daher vorauszusehen, daß alle wichtigeren Ersparnisse bereits die entsprechende Würdigung gefunden haben.“

„In der That erscheint auch durch das Zusammenwirken beider Momente das Erfordernis des Jahres 1861 gegenüber jenem des Jahres 1860 kleiner: bei dem Ministerium des Innern um 5.290.600 fl.

der Justiz „ 1.042.300 "

Polizei " 213.600 "

und es sind außerdem von Seite des Ministeriums des Innern weitere Ersparnisse durch Aufhebung einiger Landesbehörden und Kreisämter, dann durch Reduktionen in dem Status der Baubehörden, theils bereits angebahnt, theils aber in fernere Aussicht gestellt worden, welche in ersterer Beziehung — soweit jene im Zeitpunkte der Sub-Komitee-Beratung überblickt werden konnten — mit ungefähr 785.000 fl. veranschlagt, in letzterer Beziehung mit circa 500.000 fl. beziffert wurden, welch letzterer Betrag aber im Jahre 1861 erst nur teilweise als wirkliche Ersparnis dem Staatshaushalt zu Gute kommen würde.“

„Abgesehen von dem jedenfalls volle Beachtung verdienenden Umstände, daß diese innerhalb des bisherigen Administrationsystems als durchführbar von den Behörden selbst anerkannten, nur in den berührten drei Branchen mehr als sieben Millionen betragenden Ersparnissen während eines Decenniums trotz des entchieden Befehles Sr. Majestät des Kaisers von den Behörden nicht wenigstens zum großen Theile schon früher verwirklicht wurden. — mußte andererseits in Erwägung gezogen werden, daß es immerhin noch einigermaßen zweifelhaft bleibt, ob diese projektierten Ersparnisse auch wirklich sich als ausführbar erweisen werden, und ob es ohne grundfäßliche Aenderung des Zeitpunktes der Sub-Komitee-Beratung überblickt werden können — mit ungefähr 785.000 fl. veranschlagt, in lechterer Beziehung mit circa 500.000 fl. beziffert wurden, welch letzterer Betrag aber im Jahre 1861 erst nur teilweise als wirkliche Ersparnis dem Staatshaushalt zu Gute kommen würde.“

„Abgesehen von dem jedenfalls volle Beachtung verdienenden Umstände, daß diese innerhalb des bisherigen Administrationssystems als durchführbar von den Behörden selbst anerkannten, nur in den berührten drei Branchen mehr als sieben Millionen betragenden Ersparnissen während eines Decenniums trotz des entchieden Befehles Sr. Majestät des Kaisers von den Behörden nicht wenigstens zum großen Theile schon früher verwirklicht wurden. — mußte andererseits in Erwägung gezogen werden, daß es immerhin noch einigermaßen zweifelhaft bleibt, ob diese projektierten Ersparnisse auch wirklich sich als ausführbar erweisen werden, und ob es ohne grundfäßliche Aenderung des Zeitpunktes der Sub-Komitee-Beratung überblickt werden können — mit ungefähr 785.000 fl. veranschlagt, in lechterer Beziehung mit circa 500.000 fl. beziffert wurden, welch letzterer Betrag aber im Jahre 1861 erst nur teilweise als wirkliche Ersparnis dem Staatshaushalt zu Gute kommen würde.“

„Der Herr Minister des Innern hat übrigens dieser Befürchtung entgegen dem Komitee die Überzeugung ausgesprochen, daß er auf Grundlage der bisher gemachten Erfahrungen die Verwirklichung der aus Ersparnungsstückchen beantragten Reductionen ohne Aufbruch für die Bedürfnisse der Administration seinerseits für gesichert hält.“

„In Würdigung der Erwägungen ist das Comitee in die genaue Prüfung und Sichtung der einzelnen Positionen eingegangen und hat über jeden nur einen Anhaltspunkt bietenden Ansatz von dem betreffenden k. k. Ministerium die entsprechenden Aufklärungen eingeholt.“

Hierauf ergriff der Herr Ministerpräsident Graf Rechberg das Wort und äußerte sich folgendermaßen:

„Ich glaube auf die Erklärung mich berufen zu sollen, welche ich schon im Comitee abzugeben die Ehre hatte, daß bei Abschaffung des Comitesberichtes von der Auffassung ausgegangen worden ist, als verharrenten Sr. Majestät Minister in dem Systeme, dessen Aufgaben ausgesprochen wird.“

### Verhandlungen des verstärkten Reichsrathes.

Sitzung am 11. September 1860.

(Fortsetzung.)

Bevor nun der Berichterstatter Reichsrath Graf Glam-Martinis zur fernereren Vorlesung des Komiteberichts schritt, bemerkte derselbe, daß der kommende Abschnitt eine allgemeine Einleitung zu den

,Diese Auffassung ist nicht begründet. Wir sind, meine Herren Reichsräthe, alle darin einig, daß in neue Bahnen eingelenkt werden müsse. Ich berufe mich auf die erhebende Ansprache, mit welcher Sr. Maj. der Kaiser Sie nach Gröfzung der Sitzungen des verstärkten Reichsrathes zu begrüßen geruht haben. Sie ist zu tief in Ihrer Aller Gedächtnis eingeprägt, um die Wiederholung ihres Vorlautes nicht als überflüssig erscheinen zu lassen. Erlauben Sie mir jedoch die Worte des Allerhöchsten Handtschriften vom 19. April d. J. in Ihre Erinnerung zurückzurufen, welche folgendermaßen lauten:

„Es ist Meine Absicht, für die Angelegenheiten der politischen Verwaltung, sobald die neue Organisierung der Stathalterei in das Leben getreten sein wird, Comitats-Verwaltungen einzuführen und denselben nach Art des vormaligen bestandenen Systems Comitats-, Congregationen und Ausschüsse in den, den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechenden Zusammensetzungen und Wirkungskreisen einzubringen.“

„Im Einklange mit diesen Verschreibungen befiehle Ich, daß, nachdem die Gemeinde-Ordnung und die Comitats-Verfassung in Wirklichkeit getreten sein werden, die Anträge in Betreff eines Landtags vorbereitet werden, damit das in allen Kronländern einzuführende Prinzip der Selbstverwaltung durch Kreis-, Bezirks- oder Comitats-Gemeinden, durch Landtage und Landtags-Ausschüsse auch in Meinem Königreiche Ungarn zur Geltung gebracht werde.“

„In diesen Allerhöchsten Kundgebungen finden Sie, meine Herren, die Grundsätze und das System bezeichnet, die dem Ministerium zu seiner Richtschnur dienen und deren Durchführung es sich zur Pflicht macht.“

Der Justizminister Graf Nádasdy: „In Bezug auf die von dem Comité ausgesprochene Ansicht, daß trotz der geschehenen Ersparung von circa 7 Millionen (woon auf das Justizministerium allein 1 Million kommt) doch die Erwartungen auf noch größere Einschränkung der Staatsausgaben während der letzten zehn Jahre nicht verwirklicht wurden, muß ich mit hier eine Ausklärung zu geben erlauben. Zur Grundlage des Vorwurfs werden die Voranschläge von den Jahren 1860 und 1861 genommen, und weil der letztere einen um 1 Million geringeren Ansatz enthält, wird daraus die Schlussfolgerung gezogen, daß, weil in diesem Jahre 1 Million erspart werden wird, in den letzten zehn Jahren 10 Millionen hätten erspart werden können. Ich muß in Bezug hierauf vor Allem bemerken, daß die Voranschläge eigentlich nur Wahrscheinlichkeits- und ideelle Ziffern enthalten; daß die Voranschläge bekanntermaßen um zehn Monate früher von den Behörden erster Instanz gemacht werden, als mit den betreffenden Ausgaben wirklich begonnen wird, und daß in diesem Zeitpunkte die Ersparungen, welche im Laufe des Jahres tatsächlich bewerkstelligt werden, nicht immer genau bekannt sind. Wer vermag im Jänner mit Bestimmtheit zu wissen, was im November für eine Vereinfachung und Ersparung zum Beispiel in der Justiz eingeschöpft werden darf? Es ist auch bekannt, daß der Voranschlag diejenigen Ziffern enthält, welche der betreffende Minister nicht überschreiten darf; weshalb er so gemacht werden muß, daß mit großer Wahrscheinlichkeit und Zuversicht erwartet werden kann, es werde damit das Auslangen gefunden werden. Wie ideal aber die präliminierten Summen sind, beweisen folgende Ziffern:

„Im Jahre 1858 waren für das Justizministerium 17.800.000 fl. Conv. Münze veranschlagt. Es wurden jedoch nur 16.390.000 fl. C. M. verausgabt, so mit 1.400.000 fl. erspart. Im Jahre 1859 betrug der Voranschlag 17.000.000 fl. und wurden nur 14.000.000 fl. ausgegeben, die Lombardie abgerechnet bleibt immer noch eine Ersparung von mehr als 1½ Millionen. Im J. 1860, in welchem schon mit geäußerter Beachtung der Finanzverhältnisse der Voranschlag auf das allermindeste reduziert wurde, betrug der selbe 15.500.000 fl., und ich kann versichern, daß ich bis heute, also im 11ten Monate, bereits 699.000 fl. erspart habe und daß diese Ersparnis hoffentlich nicht mehr wird in Anspruch genommen werden müssen. Der hohe Reichsrath dürfte also mit mir darin einverstanden sein, daß die Berechnung, auf welche sich der erwähnte Vorwurf stützt, nicht ganz richtig erscheint. Ich würde übrigens in der Sache nicht das Wort ergriffen haben, wenn mir nicht daran gelegen wäre, daß die meiner Ansicht nach auf minder haltbare Gründungen gesetzte Meinung des Comité's, welche ich eben zu besprechen mir erlaubte, die Bevölkerung des In- und Auslandes in den Irthum führen könnte, zu glauben, daß „trotz“, welches Wörtchen mir nicht ganz glücklich gewahrt scheint, „des bestimmten Allerhöchsten Beschlusses“ Sr. Majestät des Kaisers“ Allerhöchstes Minister es wagen würden, durch ein ganzes Dezennium die Anordnungen Sr. Majestät nicht zu befolgen.“

Reichsrath Graf Szécsen: „Das Allerhöchste Handschreiben, auf welches sich der Herr Minister-Präsident beruft, ist von dem Comité bei seinen Verhandlungen nicht übersehen worden, die Anträge des Comité's knüpfen sich an die dort ausgesprochenen Absichten der hohen Regierung an. Das gegenwärtige Budget aber kann noch nicht von dem Standpunkte der Verwirklichung jener in dem Allerhöchsten Handschreiben ausgedrückten Absichten beurtheilt werden.“

Das Comité hat sich somit auf die jetzt bestehenden Positionen beschränken müssen. Hinsichtlich der Bemerkungen des Herrn Justizministers in Betreff der Schlussfolgerungen des Comité's über die Summe der möglichen und während eines Dezenniums versäumten

Ersparungen mache ich darauf aufmerksam, daß diese Gesamtsumme sich bei aufmerksamer Prüfung des Comité-Berichts wohl ergibt, aber nicht ausdrücklich darin enthalten ist.“

Reichsrath Graf Hartig: „Ich erlaube mir vor Allem zu erklären, daß ich mit großer Verwirrung die Worte des Herrn Minister-Präsidenten vernommen habe, wonach es die Allerhöchste Absicht ist, die Monarchie nach Prinzipien zu organisiren, welche den Bedürfnissen der Bevölkerung und in gleichförmiger Weise den Erfordernissen der Ökonomie des Staatshaushalts entspricht. Ich kann jedoch die Bemerkung nicht unterdrücken, daß dem Allerhöchsten Willen Sr. Majestät, welcher nur mit dem größten Danke begrüßt werden kann, bei einem Vorgange in bisheriger Weise nicht die gewünschte schleunige Erfüllung folgen dürfte. Zum Beweise dessen erlaube ich mir folgende Stellen aus dem Allerhöchsten Handschreiben vom 31. Dezember 1851 vorzulesen:

„Nach den vorstehenden Grundsätzen sind für jedes Land den besondern Verhältnissen derselben entsprechende Ordnungen für die Landgemeinden und für die Städte zu bearbeiten. Es ist bei diesen Arbeiten ferner von dem Gesichtspunkte auszugehen, daß den überwiegenden Interessen auch ein überwiegender Einfluß zugestanden und sowohl bei den Aktivs als Passiv-Wahlen für die Bestellung der Gemeinde-Vorstände und Ausschüsse, als in den Gemeindeangelegenheiten dem Grundbesitz nach Maßgabe seiner in den Gemeindeverband einbezogenen Ausdehnung und seines Steuerwertes, dem Gewerbsbetriebe aber in dem Verhältnisse zu dem Gesamt-Grundbesitz — in den Stadtgemeinden insbesondere den Haussiedlern — dann soviel möglich den Korporationen für geistige und materielle Zwecke das entscheidende Uebergewicht gesichert werde.“

„Im Einklange mit diesen Verschreibungen befiehle Ich, daß, nachdem die Gemeinde-Ordnung und die Comitats-Verfassung in Wirklichkeit getreten sein werden, die Anträge in Betreff eines Landtags vorbereitet werden, damit das in allen Kronländern einzuführende Prinzip der Selbstverwaltung durch Kreis-, Bezirks- oder Comitats-Gemeinden, durch Landtage und Landtags-Ausschüsse auch in Meinem Königreiche Ungarn zur Geltung gebracht werde.“

„In diesen Allerhöchsten Kundgebungen finden Sie, meine Herren, die Grundsätze und das System bezeichnet, die dem Ministerium zu seiner Richtschnur dienen und deren Durchführung es sich zur Pflicht macht.“

Der Justizminister Graf Nádasdy: „In Bezug auf die von dem Comité ausgesprochene Ansicht, daß

bezeichnen könnte, wo diese Frage einer reisen und ruhigen Prüfung passend unterzogen werden soll. Ich erlaube mir daher an Eu. kais. Hoheit und an die hohe Versammlung die Bitte zu stellen, daß durch eine solche teilweise Erwähnung jener wichtigen Fragen, die wir im Interesse des Staates ruhig und in concreto erörtern wollen, diese Verhandlung nicht vielleicht erschwert und gefährdet werde. Dasselbe, was das Comité berichtet, daß nämlich innerhalb des Rahmens der gegenwärtigen Verhältnisse Ersparniß nicht zu erlangen wäre, ist auch nicht im Widerspruch mit dem Allerhöchsten Handschreiben. Es ist nicht gesagt, daß keine Aussicht auf Ersparungen vorhanden sei, sondern blos, daß dies für die Dauer der gegenwärtig bestehenden Form der Administration nicht erwartet werden könne.“

Hierauf erhob sich der Herr Minister-Präsident zu der Aeußerung, daß er durch seine früher abgegebenen Erklärungen blos ausdrücken wollte, die Regierung sei fest entschlossen neue Bahnen zu gehen und zu dieser Kundgebung habe er sich bemüht gefunden, weil es in dem in Rede stehenden Abschritte des Comitéberichtes ausdrücklich heise, daß eine Ersparung, insoweit eine Wendering des administrativen Organismus nicht eintritt, nicht zu erwarten ist.“

Bizpräsident Graf Mostiz erklärte, sich dem Antrage des Grafen Apponyi vollkommen anzuschließen, daß es sich die hohe Versammlung zur Pflicht machen möge, die großen und allgemeinen Fragen durchaus nicht in den einzelnen Positionen des Budgets zu berühren, sie auseinander zu zerren und mit Halbheit zu behandeln, sondern daß man fest dabei beharre, alle diese Fragen dem Schluß des Berichtes vorzubehalten. Dadurch werde der Fortgang der Verhandlung wesentlich gefördert und der so wichtigen Sache ein großer Dienst geleistet.

Nachdem die Versammlung ihre Zustimmung zu diesem Antrage einhellig erklärt hatte, erwähnte der Reichsrath Graf Clam, daß bevor er zur Vorlesung des weiteren Comitéberichtes, betreffend das Budget des Ministeriums der Polizei schreite, er als Berichterstatter es für seine Pflicht halte, auf die Bemerkung des Herrn Justizministers die Erwiderung zu geben, daß, falls dieses Budget nur eine eventuelle Besserung am 11. October Morgens in Berlin eintreffen.

Aus Gotha geht die Trauerkunde ein, daß dort J. K. H. die verwitwete Frau Herzogin Marie von Coburg-Gotha am 26. d. früh im 61. Lebensjahr gestorben ist.

In Köln fand am 19. d. Mts. eine Vorberatung der Deputirten und Interessenten der Rheinschiffahrt statt. Die Versammlten waren fast einstimmig der Ansicht, daß der Schiffahrt auf dem Rhein dauernd nicht anders zu helfen sei, als wenn sämmtliche Abgaben und Hemmnisse für immer beseitigt würden.

Die Spielbank in Homburg soll diesen Sommer schlechte Geschäfte gemacht und Mr. Blanc, der über dies im Börsenspiel zu Paris als officieller Haussier Verluste erlitten, auf der nächsten Generalversammlung wegen ausbleibender Dividende, aufgezehrten Betriebskapitals, Statutenverlegungen u. s. w. einen schwierigen Stand zu erwarten haben. Die „A. B.“ schreibt darüber: „Fehlt es an dem Betriebsfonds, und zeigt es sich, daß die Bank ihren Verpflichtungen nicht genügen kann, so ist ein Einschreiten der Regierung, eventuell die Entziehung der Concession, zu gewartigen. Die Ertheilung einer neuen Concession wird aber höchst Schwierigkeiten finden, deren Befestigung außerhalb des Willens und der Macht der Landgräflichen Regierung liegt. Hessen-Darmstadt, welches in Homburg succidirt, hat bereits erklärt, daß es sich aus neuen Verträgen nicht mehr gebunden erachte.“

„Der Herr Minister hat hierauf dem Comité erwidert, daß eine weitere Reduction sich nicht als möglich darstelle. Die Erhöhung des Aufwandes gegenüber der früheren Periode finde ihre Begründung in der dermaligen Einbeziehung Ungarns und seiner Nebenländer in die Wirkungssphäre der Centralstelle und in den viel bewegteren Zeitverhältnissen, welche eine erhöhte Thätigkeit im öffentlichen Sicherheitsdienste erweisen. Unter diesen Umständen seien alle verwendeten Kräfte vollends in Anspruch genommen und ihre Verminderung durchaus unthunlich.“

„Das Comité konnte sich wohl in eine weitere Beurtheilung, in wiesofer der Status dem Bedürfnisse angepaßt sei, nicht einlassen, und mußte sich daher auf die allgemeine Bemerkung beschränken, wienach es sehr zu wünschen sei, daß durch Ausscheidung aller Minuten und nicht in den eigentlichen Bereich der Staatspolizei gehörigen Ugenden, welche dermalen die landesfürstliche Sicherheitsbehörde bis zum Centrum hinauf nicht unwesentlich in Anspruch nehmen und durch Überweisung des Lokal-Sicherheitsdienstes an Kommunal-Organen eine Verminderung der Geschäfte erzielt werden möge; wobei es nahe lag, den Wunsch auszusprechen, daß durch eine glückliche, die erregten Gemüther befriedigende Lösung der brennenden Tagesfragen die Zurückführung der polizeilichen Thätigkeit auf das normale Maß ermöglicht und gefördert werden möge.“

„Übrigens wurde, als auch unter den dermaligen Verhältnissen ausführbar, von dem Comité die Aufhebung der Polizeidirektionen in Laibach, Klagenfurt, Troppau, Pressburg, Kaschau, Großwardein und Dedenburg angeregt.“

Der Herr Minister eröffnete, daß in dieser Beziehung Verhandlungen im Zuge seien, deren Ergebnis dermalen noch nicht in Anschlag gebracht werden könne.“

(Fortsetzung folgt.)

## Österreichische Monarchie.

Wien, 25. September. Se. Maj. der Kaiser geruhten im Laufe des heutigen Vormittags zahlreiche Privat-Audienzen zu ertheilen.

Ihre Maj. die Kaiserin Maria Anna wird die Reise nach Prag erst morgen — Mittwoch — früh

halbamitlichen Blätter widerlegen ie Nachricht der eng-

fortseben und verweilt heute im k. k. Residenzschloß zu Schönbrunn.

Ihre Durchlaucht die Frau Fürstin Metternich wird übermorgen von Böhmen und einige Tage darauf der k. k. Botschafter selbst eintreffen.

In Olmütz hat am 22ten und 23ten d. M. die Uebertragung der Reliquien des seligen Märtyrers Johann Sarkander aus der St. Michaelskirche in die Marienkirche stattgefunden. Am zweiten Tage hielt der Fürsterzbischof die feierlichen Vespern ab. Bei dem imponanten Zuge, welcher die Reliquien geleitete, befanden sich der Herr Fürstbischof von Breslau Dr. Görster, der Herr Bischof von Brünn Graf Schaffgotsche, der Herr Bischof von St. Pölten Feigler und der Herr Weißbischof von Linz. Die Straßen, welche der Zug berührte, waren mit Menschen überfüllt; außer den Einheimischen mögen auch über 12.000 Fremde zugegen gewesen sein.

Die zwölften Generalversammlung der katholischen Vereine Deutschlands und Österreichs in Prag hat in ihrer ersten am 23. d. abgehalteten Versammlung, Graf O'Donnell zum Präsidenten der deutschen, Professor Suszil in Brünn zum Präsidenten der slavischen Generalversammlung gewählt, da indessen der Letztere nicht nach Prag gekommen, hat Dr. Briel seine Stelle. Die Zahl der Mitglieder belief sich auf 220. Am anderen Vormittage fand im Sophieninselsaal die erste deutsche öffentliche Versammlung statt. Nach Abjungung der Piushymne bewilligte Sr. Eminenz der Kardinal-Erzbischof von Prag, Friedrich Fürst von Schwarzenberg, sämmtliche Anwesende.

## Deutschland.

Se. Kgl. Hof. der Prinz-Regent von Preußen hat J. Maj. die Königin von Großbritannien gestern auf Allerhöchster Durchreise nach Coburg in Lachen begrüßt und bis Düren begleitet. Die Mittheilung verschiedener Blätter, daß die Zusammenkunft J. M. der Königin Victoria mit Sr. K. H. dem Prinzen-Regenten in Koblenz schon am 6. October stattfinden werde, weil die Zusammenkunft in Warschau bereits auf den 9. anberaumt sei, enthebt, wie die „N.P.Z.“ schreibt, der Begründung. Se. K. H. der Prinz-Regent wird nach den bisherigen Bestimmungen am 11. October Morgens in Berlin eintreffen.

Aus Gotha geht die Trauerkunde ein, daß dort J. K. H. die verwitwete Frau Herzogin Marie von Coburg-Gotha am 26. d. früh im 61. Lebensjahr gestorben ist.

In Köln fand am 19. d. Mts. eine Vorberatung der Deputirten und Interessenten der Rheinschiffahrt statt. Die Versammlten waren fast einstimmig der Ansicht, daß der Schiffahrt auf dem Rhein dauernd nicht anders zu helfen sei, als wenn sämmtliche Abgaben und Hemmnisse für immer beseitigt würden.

Die Spielbank in Homburg soll diesen Sommer schlechte Geschäfte gemacht und Mr. Blanc, der über dies im Börsenspiel zu Paris als officieller Haussier Verluste erlitten, auf der nächsten Generalversammlung wegen ausbleibender Dividende, aufgezehrten Betriebskapitals, Statutenverlegungen u. s. w. einen schwierigen Stand zu erwarten haben. Die „A. B.“ schreibt darüber: „Fehlt es an dem Betriebsfonds, und zeigt es sich, daß die Bank ihren Verpflichtungen nicht genügen kann, so ist ein Einschreiten der Regierung, eventuell die Entziehung der Concession, zu gewartigen. Die Ertheilung einer neuen Concession wird aber höchst Schwierigkeiten finden, deren Befestigung außerhalb des Willens und der Macht der Landgräflichen Regierung liegt. Hessen-Darmstadt, welches in Homburg succidirt, hat bereits erklärt, daß es sich aus neuen Verträgen nicht mehr gebunden erachte.“

## Frankreich.

Paris, 23. Sept. Der Kaiser und die Kaiserin sind seit gestern Abend wieder in St. Cloud; heute fand dort bereits ein außerordentlicher Ministerrath statt. — Der Präsident der Republik Hayti hat, wie der „Moniteur“ heute meldet, an den Kaiser wegen des Todes des Prinzen Jerome ein Condolenzschreiben gerichtet. — Man spricht hier viel von neuen Misshelligkeiten mit England in Bezug auf die italienischen Angelegenheiten. Eine kürzlich in Turin überreichte Note Lord J. Russell's soll daselbst über das, was man in gewissen Eventualitäten von England erwarten könnte, keine unbedingt erfreuliche Aussichten eröffnet haben. — Laut Artikel 7 des Zürcher Vertrages, meldet heute eine Note des amtlichen Blattes, war in Mailand eine internationale Kommission eingesetzt worden zur Liquidation des lombardisch-venetianischen Monte und zur Reparatur der Activa und Passiva auf Österreich und Sardinien. Die dabei beteiligten französischen Kommissarien, der bevollmächtigte Minister Emile Gaudin und der General-Finanz-Inspector Saladin, haben mit den österreichischen und sardinischen Kommissarien die Acte unterzeichnet, welche die Übereinstimmung aller Partien bekräftigt und nun ratifiziert werden soll. — Wie es mit der Abreise des Papstes steht, weiß man noch nicht. General Goyon hatte eine Unterredung mit ihm, welcher auf den Wunsch des Generals Herr v. Grammont nicht beiwohnte. — Die 5000 Piemontesen, welche in Genua eingeschiffet worden sind, sollen dazu bestimmt sein, Sicilien zu besetzen. — Wegen des gestrigen Börsen-Manövers ist eine sehr strenge Untersuchung eingeleitet. Man will um jeden Preis den Urheber der gesäfchten Ueberpost (Uebergang der Österreicher über den Minicchio) entdecken. Wie es heißt, sollen bekannte Persönlichkeiten der Mitbeteiligung an diesem Coup verdächtigt werden.

Der Herr Minister eröffnete, daß in dieser Beziehung Verhandlungen im Zuge seien, deren Ergebnis dermalen noch nicht in Anschlag gebracht werden könne.“

Der Herr Minister eröffnete, daß in dieser Beziehung Verhandlungen im Zuge seien, deren Ergebnis dermalen noch nicht in Anschlag gebracht werden könne.“

Der Herr Minister eröffnete, daß in dieser Beziehung Verhandlungen im Zuge seien, deren Ergebnis dermalen noch nicht in Anschlag gebracht werden könne.“

Der Herr Minister eröffnete, daß in dieser Beziehung Verhandlungen im Zuge seien, deren Ergebnis dermalen noch nicht in Anschlag gebracht werden könne.“

Der Herr Minister eröffnete, daß in dieser Beziehung Verhandlungen im Zuge seien, deren Ergebnis dermalen noch nicht in Anschlag gebracht werden könne.“

Der Herr Minister eröffnete, daß in dieser Beziehung Verhandlungen im Zuge seien, deren Ergebnis dermalen noch nicht in Anschlag gebracht werden könne.“

Der Herr Minister eröffnete, daß in dieser Beziehung Verhandlungen im Zuge seien, deren Ergebnis dermalen noch nicht in Anschlag gebracht werden könne.“

Der Herr Minister eröffnete, daß in dieser Beziehung Verhandlungen im Zuge seien, deren Ergebnis dermalen noch nicht in Anschlag gebracht werden könne.“



# Amtsblatt.

3. 1859. Licitations-Ankündigung. (2149. 1-3)

Zur Verpachtung der Propinationsgerichtsamt des Staatsgutes Jaworzo auf die Dauer vom 1. November 1860 bis Ende October 1863, wird am 10. October 1860 um 10 Uhr Vormittags bei der k. k. Finanz-Bezirks-Direction in Krakau die öffentliche Lication abgehalten werden.

Der Ausrußpreis des jährlichen Pachtchillings beträgt 10,000 fl. ö. W. wovon 10% als Badium zu erlegen sind.

Die Pachtcaution ist mit dem vierten Theile des einjährigen Pachtzinses sicherzustellen.

Vor Beginn der mündlichen Lication können auch schriftliche Offerte überreicht werden.

Die Licitationsbedingnisse können bei der genannten Finanz-Bezirks-Direction eingesehen werden.

Von der k. k. Finanz-Landes-Direction.

Krakau, am 20. September 1860.

N. 3739. Kundmachung. (2155. 2-3)

Zur Sicherstellung der Bespeisung der Häftlinge des k. k. Rozwadów Bezirksamtes für die Zeit vom 1. November 1860 bis Ende October 1861 wird am 3. October 1860, als dem zweiten Termine und falls dieser feuchtlos verstreichen sollte, am 15. October 1860 als dem dritten Termine jedesmal um 9 Uhr Vormittags in der hiesigen Amtskanzlei eine Lication abgehalten werden.

Der tägliche Stand der Häftlinge beträgt durchschnittlich 20 bis 25 Köpfe.

Die Unternehmungslustigen werden zu dieser Verhandlung mit dem Besiege eingeladen, daß jeder vor dem Beginne der Lication das entfallende Badium von 90 fl. ö. W. zu erlegen haben wird.

Vom k. k. Bezirksamte.

Rozwadów, am 18. Sept. 1860.

Nr. 6061. Kundmachung. (2143. 3)

Von Seite der Krakauer k. k. Kreisbehörde wird hiermit bekannt gemacht, daß zur Verpachtung der Podgorzer städtischen Propination, auf die Zeit vom 1. November 1860 bis Ende October 1863, am 1. October d. J. eine Licitations- und Offert-Verhandlung, in der Podgorzer Magistrats-Kanzlei um 10 Uhr Vormittags abgehalten werden wird.

Der Fiscale Preis auf ein Jahr, von welchem 10 Prozent als Badium zu erlegen sind, beträgt 6727 fl. öst. W. (Sechs Tausend Siebenhundert Siebenundzwanzig Gulden). Die näheren Bedingungen können in der Magistrats-Kanzlei zu Podgorze 3 Tage vor dem Licationstermine eingesehen werden.

Von der k. k. Kreisbehörde.

Krakau, am 20. September 1860.

N. 2684. Edict. (2125. 3)

Vom k. k. Bezirksamte als Gericht in Bochnia wird hiermit kundgemacht, es sei über Einschreiten des pr. 31. Mai d. J. N. 2684 des Samuel Monderer wider Anton Mikulski beide aus Czastawice um die executive Veräußerung der dem Letzteren gehörigen sub Nr. 7 in dem genannten Dorfe liegenden Realität wegen schuldigen 168 fl. und 26 fl. 25 kr. ö. W. f. M. G. in die executive Veräußerung dieser Realität genehmigt, und hiezu drei Tagfahrten auf den 3. October, 5. November und 3. December d. J., jedesmal um 9 Uhr Vormittags bestimmt worden. Wozu Kaufstücke vorgeladen werden.

Diese Wirtschaft besteht aus einem Wohnhause mit angebautem Stalle, einer Scheune und 3½ Stock Gründes, die sämtlichen Gebäude sind aus weichem Material.

Das bei der Lication zu erlegende Badium beträgt 20 fl. ö. W.

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte.

Bochnia, am 4. Sept. 1860.

N. 11538. Edict. (2128. 1-3)

Vom Tarnower k. k. Kreisgerichte wird den dem Leben und Wohnorte nach unbekannten Kolligierten Hypothekargläubigern der Güter Zglobice als: den Erben des Christoph Kisielowski, dem Michael Jasinski, Michael Wojciechowski und Ignaz Milkowski mittel gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, daß zu ihren Gunsten im hiergeleiteten Depostenante 5550 fl. EM. in Grundentlastungs-Obligationen und 999 fl. ö. W. im Baaren erliegen.

Da der gegenwärtige Aufenthaltsort der genannten Personen unbekannt ist, so hat das k. k. Kreisgericht zur Wahrung ihrer Rechte ihnen zum Curator den h. o. Adv. Dr. Jarocki mit Substitution des Adv. Dr. Rosenberg bestellt, welchem auch die künftigen Bescheide werden zugestellt werden.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichts.

Tarnów, am 22. August 1860.

Nr. 867. Kundmachung. (2127. 3)

Vom Rzeszower k. k. Kreisgerichtspräsidium wird bekannt gemacht, daß zur Sicherstellung der verschiedenen Erfordernisse des k. k. Kreisgerichtes und des k. k. städt. Bezirksgerichtes in Rzeszow auf das Verwaltungsjahr 1861 am 3. October 1860 und den folgenden Tagen eine öffentliche Lication bei diesem k. k. Kreisgerichte wird abgehalten werden.

Die sicherzustellenden Erfordernisse sind:

1. Die Bespeisung

a) für gesunde Häftlinge von beiläufig 31,025 Portionen mit einem Badium von 232 fl. ö. W.

b) von eben so viel Brodportionen mit einem Badium von 93 fl. ö. W.

c) für kalte Häftlinge mit einem Badium pr. 29 fl. ö. W.

2. 276 Klafter hartes Brennholz mit einem Badium von 262 fl. ö. W.

3. An Beleuchtungsmaterialien: 30 W. Pfund Milchkerzen, 200 W. Pfund Unschlitterkerzen, 700 W. Pfund doppelt raffiniertes Wipsöl, 150 W. Elle Hohldachte, 50 W. Ellen flache Dochte, mit einem Badium von 41 fl. ö. W. — ferner 881 Wien. Pfund Lampenunschlitze, 8369 baumwollene Dochte, 64 W. Pfds. Unschlitterkerzen, dann Schweinfett mit Knochenmark zum Schuhfettmieren, Kinnfett und 120 W. Pfds. ordinärer Seife mit einem Badium von 39 fl. ö. W.

4. An Kanzleimaterialien: 1 Ries Klein-Median-Kanzlei, 1 Ries Groß-Kanzlei, 1 Ries Groß-Konzept, 90 Ries Klein-Kanzlei, 90 Ries Klein-Konzept, 20 Ries Blätter-, 3 Ries Großpackpapier, 228 Bund Federkielen und andere geringere Kanzleifordernisse, mit einem Gesamt-Badium pr. 78 fl. ö. W.

5. An Bekleidungsmaterialien: 78 W. Ellen Zwillich, 1212 W. Ellen Leinwand, 99 W. Ellen Futter-Leinwand und allenfalls 70 Paar Schnürschuhe, mit einem Badium von 63 fl. ö. W.

6. Ferner 69 Zentner Kornlagerstroh, 70 weißliche Menageschüsseln, 724 Birkenkehrbesen, Kinderarbeiten, Schlossarbeiten, Glaserarbeiten, Schmiedearbeiten, Schneiderarbeiten, diese zur Herstellung von Arrestantenkleidungs- und Wäschsorten, Buchbindarbeiten, die Erfordernisse zur Reparatur der Arrestantenmontur-, Wäsche-, Schuhe- und Bettensorten.

Zu dieser Lication werden die Unternehmungslustigen mit dem Besiege eingeladen, daß die Licitationsbedingnisse bis zum Tage der Lication in den Präsidialkanzlei des k. k. Kreisgerichtes, sodann aber bei der Licitations-Commission eingesehen werden können, und daß auch schriftliche mit den gesetzlichen Erfordernissen versehene Offerte entweder vor oder bei der Verhandlung, im letzteren Falle der Licitationscommission übergeben werden können.

Rzeszow, am 17. September 1860.

**K u n d m a c h u n g** (2141. 1-3)

**der kais. königl. privil. galizischen  
C A R L L U D W I G - B A H N.**

Nachdem die Ausschreibung vom 20. August d. J. zur Deckung des Schotterbedarfes für die Strecke

**Przemyśl—Lemberg**

nicht die gewünschten Resultate lieferte, so wird wegen Lieferung nachstehender

**S ch o t t e r = Q u a n t i t ä t e n**

eine neuerliche Offertverhandlung eingeleitet.

An Schotter werden benötigt:

**Am Lagerplatz S. Wisznia**

6000 Cubik-Klafter
6000 "
3100 "
5000 "
13200 "

Die Schotter-Lieferung muß im Jänner d. J. beginnen und bis Ende Mai 1861 beendet sein.

Unternehmungslustige werden eingeladen, ihre diesfälligen Angebote auf Grund der bei den exponirten gesellschaftlichen Organen in Przemyśl und Grodek einzusehenden Bedingnisse

**bis längstens 16. October d. J.** bei der Centralleitung der k. k. priv. gnl. Carl Ludwig-Bahn, Wien, Heidenschuß, Creditanstalt-Gebäude, einzubringen.

Diese Angebote müssen mit einem 10% tigen Badium des berechneten Betrages der beabsichtigten Lieferung, im Baaren oder börsfähigen Papieren — letztere nach dem Tagescurrenz berechnet — belegt sein, und die Bemerkung enthält, daß der Antragsteller die Bedingungen eingesehen, verstanden und unterschrieben habe.

Es muß in dem Angebote genau angegeben werden, wie viel, wohin und zu welchem Preise pr. Cubik-Klafter der Schotter beigestellt werden will.

Die Badien der nicht berücksichtigten Angebote werden den betreffenden Offerenten binnen 8 Tagen nach erfolgter Entscheidung zurückgestellt.

Wien, am 20. September 1860.

**Von der k. k. priv. galiz. Carl Ludwig-Bahn.**

**Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge  
vom 1. August 1859.**

**Abgang von Krakau**

Nach Wien 7 Uhr Früh, 3 Uhr 45 Minuten Nachmittags.  
Nach Granica (Warschau) 7 Uhr Früh, 3 Uhr 45 Min. Nach.

Nach Myślowitz (Breslau) 7 Uhr Früh.

Bis Ostrau und über Oderberg nach Preußen 9 Uhr 45 Minuten Vormittags.

Nach Rzeszow 5, 40 Früh, (Ankunft 12, 1 Mittags); nach

Przeworsk 10, 30 Vorm. (Ankunft 4, 30 Nachm.)

Nach Wieliczka 11 Uhr Vormittags.

**Abgang von Wien**

Nach Krakau 7 Uhr Morgens, 2 Uhr 30 Minuten Abends

**Abgang von Ostrau**

Nach Krakau 11 Uhr Vormittags.

**Abgang von Myślowitz**

Nach Krakau 1 Uhr 15 Min. Nachm.

**Abgang von Tczewatowa**

Nach Granica 10 Uhr 15 Min. Vorm. 7 Uhr 50 Min. Abend.

und 1 Uhr 45 Minuten Mittags.

Nach Tczewatowa 7 Uhr 23 Min. Vorm. 2 Uhr 33 Min. Nach

**Abgang von Granica**

Nach Tczewatowa 6 Uhr 30 Min. Früh, 9 Uhr Vorm., 2 Uhr

6 Min. Nachmitt.

## Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Barom.-Höhe auf in Baral. Einheiten 0° Raum red.	Temperatur nach Raumur	Specifische Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Aenderung der Wärme im Laufe d. Tages	
							von	bis
26	328°-53	14 6	73	Ost mittel	Heiter		48	177
10	27 86	11 8	74	West schwach	Heiter mit Wolken			
27	38 00	9 5	90	West schwach	Heiter mit Wolken			

**Ankunft in Krakau**  
Bon Wien 9 Uhr 45 Min. Vorm. 7 Uhr 45 Min. Abends.  
Bon Myślowitz (Breslau) und Granica (Warschau) 9 Uhr 45 Min. Vorm. und 5 Uhr 27 Min. Abends.  
Bon Ostrau und über Oderberg nach Preußen 5 Uhr 27 Min. Abends.  
Aus Rzeszow (Abgang 2, 15 Nachm.) 8, 24 Abends, aus Przeworsk (Abgang 9 Uhr Vorm.) 3 Uhr Nachm. ins Wieliczka 6, 10 Abends.

## Getreide - Preise

auf dem letzten öffentlichen Wochenmarkt in Krakau, in drei Gattungen klassifiziert.  
(Berechnet in österreichischer Währung.)

Aufführung der Produkte	Gattung I.		Gattung II.		Gattung III.	
	von	bis	von	bis	von	bis
Der Mez. Wint. Weiz.	6 12	6 25	5 50	6	—	—
" Saat-Weiz.	—	—	—	—	—	—
" Roggen</						

## Amtsblatt.

3. 8753. Kundmachung. (2114. 3)

Vom Krakauer k. k. Landesgerichte wird hiermit bekannt gemacht, daß zur Hereinbringung der dem Herrn Gustav Düring mit dem h. g. rechtskräftigen Urtheile vom 17. Jänner 1859. d. 16747 zuerkannten im Lastenstande der Nachlaßmasse nach Alexander Schreiber gehörigen, in der Gemeinde Płoki Krakauer Kreises gelegenen Berggruben laut Krakauer Bergbuch I. p. 240 und 241 n. 6 on. zu Gunsten des Hrn. Gustav Düring intabulirten Forderung von 1000 Thaler sammt 4 Prozent Verzugszinsen vom 1. Juli 1855 den Gerichtskosten pr. 12 fl. 19 kr. ö. W. den Executionskosten pr. 10 fl. 62 kr. ö. W., wie auch der gegenwärtigen mit 36 fl. 93 kr. ö. W. zuerkannten Executionskosten die entsprechende öffentliche Feilbietung nachstehender

1. der Alexander Schreiber'schen Nachlaßmasse gehörigen in der Gemeinde Płoki gelegenen Berggruben, als:
  - a) des Grubenseldes Celina auf Eisenerz mit 5 Grubenfeldmassen sammt Zugehör,
  - b) der Galmeihalde Minerwa von 70978 [Klaster] sammt Zugehör,
  - c) der Galmeihalde Cecilia von 12641 [Klaster] sammt Zugehör, ferner
2. der executiv geschätzten Effecten, als:
  - a) der Grubenmassen, der auf, in oder bei den Bergentitäten vorgefundene im Pfändungs- und Schätzungsprotocole näher specificirter Natural-Materialien bestände, der zur Betreibung der Bergwerke erforderlichen Geräthschaften, Werkzeuge u. s. w., ferner
  - b) der im Hypotheken- und Bergbuche nicht vorkommenden auf der Herrschaft Płoki befindlichen Kaiser Franz Joseph Eisenhütte, so wie der dazu gehörigen im Schätzungsacte näher specificirten Wohngebäude, Schmieden, Scheuern und Werkshöfen in zwei Terminen am 18. October und 15. November 1860 jedesmal um 10 Uhr Vormittags bei diesem k. k. Landesgerichte unter den nachstehenden Bedingungen vorgenommen werden:

1. Zum Ausuferspreise der obigen Bergentitäten sammt den Mobilien wird der Schätzungsverhältnis von 51114 fl. 46 kr. ö. W. angenommen.
2. Jeder Kauflustige hat die Summe von 5110 fl. ö. W. im Baaren oder in kais. öster. Staatsobligationen oder in Pfandbriefen der galiz. ständ. Creditanstalt sammt den hierzu gehörigen Coupons, welche nach dem lechteren Curve der vom Kauflustigen mitzubringenden und dem Licitationsacte beizulegenden Krakauer Zeitung jedoch nicht über den Nennwert angenommen werden, als Vadium zu Händen der Licitationscommission zu erlegen, welches baar erlegt, dem Ersteher in das erste Drittel des Kaufpreises eingerechnet, den übrigen Kauflustigen aber nach beendeter Licitation also gleich zurückgestellt werden wird.
3. Der Ersteher ist verpflichtet den dritten Theil des Meistbotes gegen Rücknahme des in Staatsobligationen oder Pfandbriefen und gegen Einrechnung des im Baaren erlegten Vadums binnen 30 Tagen nach Zustellung des Bescheides womit der Feilbietungsact zur Wissenschaft des Gerichtes genommen wird, zu Gericht zu erlegen, worauf ihm der Besitz der entstandenen Bergwerke auch ohne sein Ansuchen, jedoch auf seine eigene Kosten, übergeben werden wird.
4. Die übrigen  $\frac{2}{3}$  des angebotenen Kaufpreises hat der Ersteher binnen 30 Tagen nach Rechtskraft der Zahlungstabellen, dieser Zahlungstabelle gemäß zu bezahlen, inzwischen aber von diesem Kaufschillinge die Zinsen zu 5 Prozent vom Tage des ihm übergebenen physischen Besitzes der entstandenen Bergentitäten und Mobilien halbjährig decursiv in das gerichtliche Depositenamt zu erlegen.

5. Der Ersteher hat vom Tage des ihm übergebenen physischen Besitzes jener Bergwerke die darauf hafenden Steuern und sonstigen damit verbundenen öffentlichen und Gemeindeabgaben zu tragen, wie auch jene Lasten, deren Zahlung die Hypothekargläubiger vor dem bedungenen oder gesetzlichen Aufklärungstermine nicht annehmen wollten, nach Maß des gebotenen Kaufpreises auf Rechnung des selben zu übernehmen.

6. Nach Ertrag des ersten Drittels des Kaufpreises wird dem Ersteher auch ohne sein Ansuchen das Eigenthumsdecrect bezüglich jener Berggruben ertheilt, derselbe auch ohne sein Ansuchen als Eigentümer im Aktivstande desselben und dessen Verbindlichkeit die übrigen  $\frac{2}{3}$  des Kaufpreises sammt 5 Prozent Zinsen der 4. Licitationsbedingung gemäß zu bezahlen im Lastenstande jener Bergentitäten intabulirt; hingegen werden alle übrigen Lasten mit Ausnahme derjenigen, welche zufolge die Gläubiger beim Ersteher zu belassen sich erklären und vorüber letzterer sich auszuweisen haben wird, ertabulirt und auf den erlegten und intabulirten Kaufpreis übertragen. Die Gebühren für die Uebertragung des Eigenthums dieser Bergentitäten und für die überwähnte Intabulation hat der Ersteher aus Eigenem ohne Anspruch auf Ersatz zu berichtigen.
7. Sollten diese Berggruben auch bei dem zweiten Termine nicht um den Schätzungsverhältnis an Mann gebracht werden können, so wird die Tagesabfahrt auf den 15. November 1860 um 11 Uhr Vormittag zur Einvernehmung der Gläubiger nach §. 148-

152 G. O. behufs Festsetzung erleichternder Bedingungen bestimmt, worauf dann ein weiterer Feilbietungstermin festgesetzt und bei solchem diese Berggruben sammt Mobilien auch unter dem Schätzungsverhältnis feilgeboten werden.

8. Sollte der Käufer irgend einer Licitationsbedingung nicht Genüge leisten, so wird auf seine Gefahr und Kosten die Relicitation auch ohne einer neuen Schätzung in einem einzigen Termine vorgenommen, bei welchen die Berggruben sammt Mobilien um jeden Preis auch unter dem Schätzungsverhältnis verkauft werden und der kontraktbrüchige Käufer bleibt für den hieraus entspringenden Schaden nicht nur mit seinem Vadium, sondern auch mit seinem ganzen Vermögen verantwortlich. Die Strenge der Relicitation und die hieraus entspringende Verantwortlichkeit des wortbrüchigen Ersteher wird gleichzeitig mit der Intabulation des Eigenthums des Ersteher im Lastenstande der entstandenen Berggruben sichergestellt.

9. Hinsichtlich der auf diesen Bergentitäten haftenden Steuern und sonstigen Abgaben werden die Kauflustigen an das Steueramt Jaworzno mit dem gewiesen, daß der Schätzungsact, wie auch der Tabular-Auszug dieser Bergentitäten hiergerichts eingesen werden kann.

Von dieser Feilbietungs-Ausschreibung werden beide Theile, dann Herr David Freund, die k. k. Finanz-Präcuratur Namens des h. Arars, wie auch jene Hypothekargläubiger, die nach dem 1. Juni 1860 in das Bergbuch gelangen sollten, oder denen der gegenwärtige Bescheid gar nicht oder nicht rechtzeitig zugestellt werden könnte, durch den zum Curator bestellten Adv. Dr. Zybliewicz mit Substitution des Adv. Dr. Samelson verständigt.

Krakau, am 28. August 1860.

## N. 8753. Obwieszczenie.

C. k. Sąd krajowy w Krakowie podaje niniejszym do powszechnej wiadomości, iż na zaspokojenie p. Gustawowi Düringowi prawomocnym wyrokiem tutejszego Sądu z dnia 17. Stycznia 1859 L. 16747 przeciw masie spadkowej s. p. Aleksandra Schreibera przyznanej w stanie biernym do masy wzmiarkowanej należących w gminie Płoki w obwodzie Krakowskim położonych kopalni — podług

- ka. górnictw I. p. 240 i 241 n. 6 on. na rzecz p. Gustawa Düringa hipotecznie ubezpieczoniej sumy 1000 tal. wraz z procentami 4% od dn. 1. Lipca 1855 — kosztami sądowymi w ilości 12 zlr. 19 kr. ö. w. a. kosztami egzekucyjnemi w ilości 10 zlr. 62 kr. ö. w. a. oraz obecnie w sumie 36 zlr. 93 kr. ö. w. a. przyznanemi, odbędzie się w tutejszym c. k. Sądzie publiczna przymusowa licytacja:

1. Kopalni masy spadkowej Aleksandra Schreibera w Gminie Płoki położonych, jakoto:
  - a) kopalni rudy żelaznej Celina zwanej z pięcioma gniazdami górnictwemi,
  - b) kopalni galmanu Minerwa zwanej objętości 90,978 sążni kwadr. z przynależościami,
  - c) kopalni galmanu Cecylia obszaru 12,641 kwad. sążni wraz z przynależościami.

2. Egzekucja oszacowanych przedmiotów, jakoto:

1. gniazda górnictw na powierzchni ziemi, w kopalniach lub przy takowych znajdujących się przedmiotów w protokole zajęcia i oszacowania bliżej wyrażonych materiałów, oraz narzędzia do zarządu kopalni służących i t. d., dalej

2. w księdze hipotecznej i g. r. n. nie znajdujące się w dobrach Płoki położonej hamerni żelaza cesarza Franciszka Józefa — wraz z należącemi do nijej aktom oszacowania objętemi mieszkalnemi budynkami, kuźniami, szopami i t. p., a to na dniu 18. Października i 15. Listopada 1860, każdą razą o godzinie 10tej przedpołudniem, a to pod następującymi warunkami:

1. Cena wywołania kopalń wzmiarkowanych wraz z ruchomosciami wspomnianemi wynosi 51,114 złr. 46 kr. ö. w. a.

2. Chęć kupna mający obowiązany jest wadium w ilości 5110 złr. w. a. w gotówce albowiem w ces. austriackich obligacyach państwa lub w listach załatwnych galicyjskiego stanowego Towarzystwa kredytowego wraz z należącymi kuponami, a to podług ostatniego kursu w „Krak. Ztg.“, którą licytanci do aktu licytacji dołączają, wyrażonego — do rąk komisji licytacyjnej złożyć; kurs tych papierów nominalnej ich wartości przewyższać nie może. Wadium w gotówce złożone nabywcy w pierwszą trzecią część ceny kupna wliczona, innym zaś licytantom po ukończeniu licytacji zwróconem zostanie.

3. Nabywca obowiązany jest trzecią częścią ceny kupna (za odebraniem wadium złożonego w papierach państwa lub listach załatwnych, jednakże za potrąceniem wadium w gotówce złożonego) w przeciągu dni 30. po doręczeniu uchwały aktu licytacji do wiadomości Sądu przyjmującemu do depozytu sądowego złożyć, po czym mu te kopalnie i bez jego żądania lecz na własny koszt w fizyczne posiadanie oddane będą.

4. Drugie dwie trzecie części ceny kupna wy-

placi nabywca w dniach 30. po prawomocności tabeli płatniczej, a to podług téże wraz z procentem po 5% od ceny kupna, któryto procent od dnia odebrania tychże kopalni w fizyczne posiadanie w półrocznych ratach decursive do depozytu Sądu krajowego w Krakowie składać będzie.

5. Nabywca obowiązany jest od dnia wprowadzenia go w fizyczne posiadanie kopalni powyższe podatki i inne z posiadaniem tychże kopalni połączone publiczne i gminne należności opłacać jakoté ciężary, których wypłaty wierzyciele przed umówionym lub prawnym terminem wypowiedzenia odebraby niechcieli w miarę ceny kupna i na rachunek téże przyjąć.

6. Po złożeniu pierwszej trzeciej części ceny kupna dekret dziedzictwa nabytych kopalni nabywcy nawet bez jego żądania wydanym, tenże bez żądania jego jako ich właściciel w stanie czynnym — jego obowiązek zas do spłacenia drugich dwóch trzecich części ceny kupna z procentem po 5% rocznie, stosownie do punktu 4go niniejszych warunków w stanie biernym tychże kopalni zaintabulowanym będzie, ciężary zaś hipoteczne względem pozostawienia których w nabywcy wierzyciele zezwolenia przedłożą — wyextabulowanemi i na złożoną i intabulowaną cenę kupna przeniesionemi zostaną. Należności za przeniesienie własności i za intabulację resztującą ceny kupna, nabywca z własnych funduszów bez pretensiī zwrotu zapłaci.

7. W razie gdyby kopalnie te na drugim terminie za cenę szacunkową sprzedanemi nie zostały, do wysłuchania wierzyciel, celem ułożenia lżejszych warunków licytacji terminu na dzień 15. Listopada 1860 o godzinie 12ej w południe z tym dodatkiem się wyznacza, że następnie kopalnie te w jednym terminie nawet niżej ceny szacunkowej sprzedanemi będą.

8. W razie gdyby nabywca któremukolwiek warunkowi licytacyi zadość nieuczynił, natenczas na jego strate i koszta relicytacya bez poprzedniego nowego oszacowania w jednym terminie przedsięwzięta zostanie i w tym kopalnie te za jakąkolwiek cenę nawet niżej ceny szacunkowej sprzedanemi zostaną, a nabywca niedotrzymujący warunków powyższych za wszelką możliwą złąd powstać mogąca strate nietykko wadium ale całym majątkiem odpowiedzialnym będzie. Niniejszy rygor relicytacyi i wynikająca z tą odpowiadalność nabywcy jednocześnie z intabulacją tegoż za właściciela kopalni nabytych, jednocześnie w stanie biernym zabezpieczoną zostanie.

9. Względem podatków i innych należności na kopalniach tych ciążących chęć kupna mający zasiągnąć mogą bliższych wiadomości w c. k. Urzędzie podatkowym w Jaworzniu. Akt oszacowania, również jak i wyciąg hipoteczny długów na kopalniach tych ciążących w tutejszej registraturze przejrzać należy być mogą.

10. O rozpisaniu téj licytacyi strony interesowane i wierzyciele hipoteczni, oraz ci, którzy po dniu 1. Czerwca 1860 do księgi hipotecznych swe pretensje wniesli, lub też którymby uchwała obecna zupełnie lub też dość wcześnie doręczoną niezostała do rąk ustanowionego dla nich kuratora adwokata sądowego p. Dra Zybliewicza, którego zastępcą p. adwokat Dr Samelohn mianowanym zostaje.

Kraków, dnia 28. Sierpnia 1860.

11. 14 Tagen nach Zustellung des den Feilbietungsact bestätigenden hiergerichtlichen Bescheides an das Depositenamt dieses Gerichtes zu erlegen, die andere Kauffchillingshälfte dagegen wird einstweilen beim Käufer belassen und auf der entstandenen Realität mit der Verbindlichkeit zur Zahlung der 5 Prozent Zinsen sichergestellt; doch ist der Käufer schuldig jene Hypothekargläubiger, welche die Zahlung ihrer Forderungen vor dem etwa bedungenen Aufkündigungstermine nicht annehmen wollten, nach Maßgabe des angebotenen Kauffchillings auf sich zu nehmen und die übrigen gemäß der Zahlungsordnung binnen 30 Tagen nach Rechtskraft derselben zu befriedigen.

12. Sobald der Ersteher die eine Kauffchillingshälfte erlegt hat, wird ihm auf seine Kosten die entstandene Realität in den physischen Besitz übergeben, das Eigenthumsdecreet der erkauften Realität ausgefolt und derselbe auf seine Kosten als Eigentümer derselben intabulirt, alle Hypothekarlasten werden extabulirt und auf den Kaufpreis übertragen. Die Kauffchillingsgebühr und die von der Einverleibung des Eigenthumsrechtes und des rückständigen Kauffchillings entfallende Gebühr hat der Käufer aus Eigenem zu tragen.

13. Der Käufer ist gehalten vom Tage der Uebernahme der verkauften Realität in den physischen Besitz die landesf. Steuer und sonstige Grundlasten selbst zu tragen, und von dem bei ihm verbleibenden Kauffchillingsreste 5 Prozent Interessen in halbjährigen decursiven Raten an das hiergerichtliche Depositenamt zu Gunsten der Hypothekargläubiger zu erlegen, die Realität binnen zwei Jahren vom Tage der Uebergabe in den physischen Besitz gehörig aufzubauen.
14. Der Ersteher ist gehalten vom Tage der Uebernahme der verkauften Realität in den physischen Besitz die landesf. Steuer und sonstige Grundlasten selbst zu tragen, und von dem bei ihm verbleibenden Kauffchillingsreste 5 Prozent Interessen in halbjährigen decursiven Raten an das hiergerichtliche Depositenamt zu Gunsten der Hypothekargläubiger zu erlegen, die Realität binnen zwei Jahren vom Tage der Uebergabe in den physischen Besitz gehörig aufzubauen.

15. Sollte der Ersteher irgend welche Feilbietungsbedingung nicht Genüge leisten, so wird derselbe über Einschreiten des hierortigen Magistrates, der gegenwärtigen Eigentümern oder eines Hypothekargläubigers kontraktbrüchig erklärt und ohne neuer Abschätzung auf dessen Gefahr und Kosten in einem einzigen Termine gemäß §. 449 galiz. G. Ordg. die Relicitation vorgenommen.
16. Der Tabular-extract und der Schätzungsact dieser Realität können in der hiergerichtlichen Registratur eingesehen werden.

Bon dieser Feilbietung werden der hierortige Magistrat, dann sämtliche dem Wohnorte nach bekannte Hypothekargläubiger, ferner die Erben der Cheleute Kajetan und Barbara Domański und zwar Stanislaus Domański, Marianna Zmora geb. Domańska, endlich die minderjährige Marianna Domańska durch deren Vormund Stanislaus Domański zu eigenen Händen, dagegen alle jene Gläubiger, welche nach dem 2ten December 1859 an die Gewähr gelangt sind, oder denen der gegenwärtige Bescheid entweder gar nicht oder nicht genug zeitlich zugestellt werden sollte, zu Händen des für dieselben schon früher bestellten Curators, Hrn. Adv. Dr. Alt, welchem Herr Adv. Dr. Grünberg substituirt wird, wie auch mittelst dieses Edictes verständigt.

Krakau, den 10. Septbr. 1860.

## L. 13640. Obwieszczenie.

1. C. k. Sąd Krajowy podaje do wiadomości publicznej, iż na żądanie Król. głow: miasta Krakowa de pracs. 5. Września 1860 r. L. 13640. sprzedana będzie ze względów publicznych zgromadzona realność pod L. 125 starą w Gminie IX pod L. 20 nową ulicą Garncarską położoną według Księga hipotecznych do małżonków Kajetana i Barbary Domańskich właściwie do masy po nich należącej — licytacja ta odbędzie się w tutejszym sądzie w trzech terminach to jest na dniu 10ym Października 8ym Listopada i 5ym Grudnia 1860 r. każdą razą o godzinie 9tej z rana pod następującymi ułatwiającymi warunkami:

1. Cenę wywołania ustanawia się w kwocie 254 złr. 1 kraj. mon. konw. czyli 266 złr. 71 $\frac{1}{2}$  kr. wal. aust. sądowem oszacowaniem sprzedają mającej się realności objętej i ta realność na powyższych terminach za każdą cenę ofiarowaną nawet niższą od ceny szacunkowej sprzedaną będzie.

2. Każdy chęć kupna mający jest obowiązany, 10% wartości szacunkowej t. j. sumę 27 złr. wal. aust. jako wadyum do rąk komisji licytacyjnej w gotówce złożyć, która najwięcej ofiarującemu w cenie kupna wliczoną, innym licytującym zaś po skończeniu licytacji zwróconą zostanie.

3. Nabywca jest obowiązany, jedną połowę ceny kupna, wliczając w tą wadyum, w przeciągu dni 14 od doręczenia rezolucji potwierdzającej akt licytacyi, do depozytu tutejszego sądu złożyć — druga zaś połowa ceny

właściwości nabytej realności wydany, i tenże jako właściciel na koszt własny zaintabuowany będzie, wszystkie ciężary hipoteczne zaś wykresione i na cenę kupna przeniesione zostaną. Należyto od kupna, do intabulacji prawa własności i resztujączej ceny kupna nabywca z własnego majątku ponosić będzie.

5. Ma nabywca od dnia objęcia realności fizyczne posiadanie podatki i inne ciężary gruntowe ponosić i od pozostałej u niego reszty ceny kupna 5% w półrocznych ratach z dołu do tutejszego depozytu na rzecz wierzycieli hipotecznych opłacać, realność w przeciagu dwóch lat od dnia objęcia téże w fizyczne posiadanie na należycie wybudować.

6. Gdyby nabywca któremukolwiek warunkowi licytacyi zadosyć nie uczynił, będzie na żądanie tutejszego magistratu, teraźniejszych właścicieli albo któregokolwiek z wierzycieli hipotecznych za niedopełniającego umowy, uznany i relictacya bez nowego oszacowania na stratę i koszt tegoż w jednym terminie stosownie do §. 449 postępowania sąd. galic. przedsięwziętą zostanie.

7. Wyciąg hipoteczny i protokół oszacowania mogą być w tutejszośadowej registraturze przejęte.

O rozpisaniu téj licytacyi zawiadamia się magistrat tutejszy, jakotéz wszystkich wierzycieli hipotecznych z miejsca pobytu znanych tudzież spadkobierców po małżonkach Kajetanie i Barbarze Domańskich, jakoto: Stanisława Domańskiego, Marcyanne z Domańskich Zmorę i maloletnią Maryannę Domańską przez opiekuna Stanisława Domańskiego na ręce własne, zaś wszystkich tych wierzycieli, którzy z prawami swemi do hipoteki po dniu 2. Grudnia 1859 r. wesli, lub którymby niniejsza uchwała doręczona być nie mogła, na ręce kuratora, juž dawniej w osobie P. adwokata Dr. Altha z następtwem P. adwokata Dr. Grünberga ustanowionego, jakotéz przez edykt niniejszy.

Kraków dnia 10 Września 1860 r.

N. 9872. Edict. (2106. 3)

Vom Tarnower k. k. Kreisgerichte wird bekannt gemacht, daß zum Behufe der Aufhebung der Gemeinschaft, die executive Feilbietung der auf 5391 fl. 8 kr. ö. B. geschäften der Thekla Otowska geborene Włyńska, Maria Firley geborene Włyńska und der Karoline Włyńska in 1/8 Theile, dem Franz Xaver und Thekla Mostowske in 1/8 Theilen und der Thekla Mostowska in 1/8 Theile gehörigen Gutsantheile Pstrągowa Bentkowska genannt und Pstrągowa dolna auch Grabowszczyzna genannt, Tarnower Kreises, mit Ausnahme der Urbartenforschung und mit Auschluß der Rosalia Trzemeska geborene Zielińska dem Kajetan Lychowski der Johanna Domaradzka der Ludowika Zaharewicz dem Thadäus Łyszkowski endlich dem Andreas und Johann Trzemeske gehörigen Anteilen von dem Gutsantheile Pstrągowa dolna, Grabowszczyzna genannt, in zwei Terminen, und zwar am 12. November und 10. December 1860 jedesmal um 10 Uhr Vormittags von diesem Kreisgerichte wird abgehalten werden, an welchen zwei Terminen jene Gutsantheile nur über oder wenigstens um den Schätzungsvertheit werden hintangegeben werden, da ferner für den Fall als jene Gutsantheile an diesen zwei Terminen nicht au Mann gebracht würden, zur Einvernehmung der Gläubigern über die Feststellung allfälliger erleichterter Bedingungen eine Tagfahrt auf den 10. December d. J. um 4 Uhr Nachmittags anberaumt werde, und daß hierauf der 3. Feilbietungsstermin wird ausgeschrieben werden, bei welchen jene Gutsantheile auch unter dem Schätzungsvertheit werden hintangegeben werden.

Kauflustige haben vor der Feilbietung als Badium 540 fl. ö. B. entweder im Baaren oder in k. k. öffentlichen Staatsobligationen mit Coupons nach dem auszuweisenden Curswertethe jedoch nie über den Nennwert, welches nach beendigter Feilbietung vom Ersteher zurück behalten, dagegen den übrigen Licitanten zurückgestellt wird.

Die ausführlichen Feilbietungsbedingnisse, dann der Schätzungsact und der Landtafelauzug jener Gutsantheile können in der h. g. Registratur eingesehen werden.

Wovon die betreffenden Miteigentümer und Sachgläubiger und zwar die dem Leben und Aufenthalte nach unbekannten: Rosalia Trzemeska geborene Zielińska, Andreas Trzemeski, Johann Trzemeski, Ludwika Zaharewicz, Johanna Domaradzka, Thadäus Łyszkowski, Kajetan Lychowski, und beziehungswise dessen Nachlaßmasse zu Handen des bereits bestellten Curators, des hiesigen Advokaten Hrn. Dr. Kaczkowski, ferner Gabriel Wyszkowski, Josef Wyszkowski, Xaver Mostowski, Ignaz Wasilewski, Marianna Wasilewska, Franz Bilański, Barbara Bilańska, Mathias Trzemeski und beziehungswise dessen Pupillarmasse, Janina Łychowska, Anna Krobicka, Xaver Cichowski, Peter Strzelecki und Anna ersterwähnte Łychowska und zweiterwähnte Stetkiewicz, endlich alle diejenigen, welche nach dem 12. Juni d. J. ein Hypothekarrecht auf jene Gutsantheile erwerben sollten, oder denen der Feilbietungsbescheid aus was immer für einem Grunde nicht zugestellt werden sollte, zu Handen des für dieselben unter Einem in der Person des hiesigen Advokaten Dr. Bandrowski mit Substitutur des Advokaten Dr. Rosenberg bestellten Curators und durch diese Edicte verständigt werden.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.

Tarnów, am 24. Juli 1860.

In der Buchdruckerei des „CZAS.“

N. 9872. Obwieszczenie.

C. k. Sąd obwodowy w Tarnowie podaje do publicznej wiadomości, że w celu zniesienia wspólnej własności, przymusowa sprzedaż części dóbr Pstrągowej Bętowskiej tudzież Pstrągowej dolnej Grabowszczyznę zwaną, w obwodzie Tarnowskim położonych z wyłączeniem indemnizacji urbaryalnej w wartości szacunkowej sądownie wyznaczonej w kwocie 5391 złr. 8 kr. w. a. w ósmej części powódce Tekli Otowskiej urodzonej Włyńskiej, Marii Firley urodzonej Włyńskiej, Karolinie Włyńskiej a w sześciu ósmych częściach pozwanem Franciszkowi Ksaweremu i Tekli Mostowskiej, tudzież w jednej ósmej części Tekli Mostowskiej jak dom. 255 p. 2 n. 13 hár. i p. 3 n. 14 hár. dalej dom. 255 p. 26 n. 14 i 15 hár. właściwych z wyłączeniem części Rozalii Trzemeskiej urodzonej Zielińska, Kajetanowi Łychowskemu, Joannie Domaradzki, Ludwice Zaharewiczowej, Tadeuszowi Łyszkowskiemu, wreszcie Jędrzejowi i Janowi Trzemeskiem tychże dóbr Pstrągowa dolna Grabowszczyzna zwaną należących, najprzód w dwóch terminach t. j. na 12. Listopada i 10. Grudnia t. r. każdą razą o 10tej godzinie przedpołudniu z tym dodatkem odbywać się będzie, że te części dóbr na tych dwóch terminach tylko nad, lub przynajmniej za cenę szacunkową sprzedane będą i że w razie, gdyby te części dóbr przynajmniej za cenę szacunkową sprzedane być niemoły, do przesłuchania wierzycieli tabularnych względem ustanowienia warunków ułatwiających termin na 10. Grudnia t. r. o godzinie 4tej popołudniu ustanawia się, poczem 3 termin licytacyi oznaczony będzie, na którym owe części dóbr i niżej ceny szacunkowej sprzedane będą.

Cheć kupienia mający obowiązany będzie, przez licytacyi złożyć zaklad (vadium) w ilości 540 złr. w. a. a to w gotówce, lub też w papierach publicznych z bieżącymi kuponami wedle kursu na dniu licytacyi istniejącego, jednakowo nigdy powyżej wartości nominalnej, któryto zakład po skończonej licytacyi najwięcej ofiarującemu zatrzymaniem, zaś reszcie kupujących natychmiast zwróconem zostanie. Reszta warunków licytacyi, tudzież wyciąg tabularny i akt szacunkowy tychże dóbr w tutejszej registraturze przejrzać być może.

O czém się dotyczących współwłaścicieli wierzycieli, a mianowicie z życia i pobytu niewiadomych t. j. Rozalii Trzemeską urodzoną Zielińską, Jędrzeja Trzemeskiego, Jana Trzemeskiego, Ludwikę Zaharewiczową, Joannę Domaradzką, Tadeusza Łyszkowskiego i Kajetana Łychowskiego do rąk ustanowionego kuratora, tutejszego adwokata Dra Kaczkowskiego, tudzież Gabryela Wyszkowskiego, Józefa Wyszkowskiego, Ksawera Mostowskiego, Ignaca Wasilewskiego, Maryanne Wasilewską, Franciszka Bilańskiego, Barbary Bilańską, Macieja Trzemeskiego, Franciszka Łychowską, Annę Krobicką, Ksawera Cichockiego, Piotra Strzeleckiego i Annę Łychowską powtórnego małżeństwa Stetkiewiczową, nareszcie wszystkich tych, którzy po 12. Czerwca b. r. prawo tabularne na owych częściach dóbr nabyli, lub któryzyby o tej licytacyi z jakiegobądź powodu niezostali zawiadomieni do rąk tutejszego adwokata Dra Bandrowskiego z substycią Dra Rosenberga i przede edykty się uwiadomia.

Z rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, dnia 24. Lipca 1860.

3. 11809. Edict. (2129. 3)

Vom k. k. Tarnower Kreisgerichte werden über Einschreiten der Erben des Karl und Valerian Jastrzebskie bücherlichen Besitzers und Bezugsberechtigten im Tarnower Kreise liegenden, in der Landtafel dom. 32 pag. 453 vorkommenden Gutes Uniszowa II. Schede Bebauß der Zuweisung des mit Erlaß der k. k. Grundentlastungs-Ministerial-Commission in Krakau vom 23. Jänner 1855 3. 4538 für 1/3 Theil der obigen Güter bewilligten Urbarial-Entschädigungskapitals pr. 2083 fl. 57% fr. C.-M., diejenigen, denen ein Hypothekarrecht auf den genannten Gütern zusteht, hiemit aufgesordert, ihre Forderungen und Anprüche längstens bis zum 30. November 1860 bei diesem k. k. Gerichte schriftlich oder mündlich anzumelden.

Die Anmeldung hat zu enthalten:

a) die genaue Angabe des Vor- und Zunamens, dann Wohnortes (Haus-Nr.) des Anmelders und seines allfälligen Bevollmächtigten, welcher eine mit den gesetzlichen Erfordernissen versehene und legalisierte Vollmacht beizubringen hat;

b) den Betrag der angesprochenen Hypothekarforderung, sowohl bezüglich des Kapitals, als auch der allfälligen Zinsen, in so weit dieselben ein gleiches Pfandrecht mit dem Capitale genießen;

c) die bücherliche Bezeichnung der angemeldeten Post, und

d) wenn der Anmelder seinen Aufenthalts außerhalb des Sprengels dieses k. k. Gerichtes hat, die Namhaftmachung eines hierorts wohnenden Bevollmächtigten, zur Annahme gerichtlicher Verordnungen, widrigens dieselben lediglich mittels der Post an den Anmelder, und zwar mit gleicher Rechtswirkung, wie die zu eigenen Händen geschahene Zustellung, würden abgesendet werden.

Zugleich wird bekannt gemacht, daß derjenige, der die Anmeldung in obiger Frist einzubringen unterlassen würde, so angesehen werden wird, als wenn er in die Überweisung seiner Forderung auf den obigen Entlastungs-

Capitalvorschuß nach Maßgabe der ihn treffenden Reihenfolge eingewilligt hätte, und daß diese stillschweigende Einwilligung in die Überweisung auf den obigen Entlastungs-Capitalvorschuß auch für die noch zu ermittelnden Beträge des Entlastungscapitals gelten werde; daß er ferner bei der Verhandlung nicht weiter gehört werden wird. Der die Anmeldefrist versäumende verliert auch das Recht jeder Einwendung und jedes Rechtsmittel gegen ein, von den erscheinenden Beteiligten im Sinne §. 5 des Kaiserlichen Patenten vom 25. September 1850 getroffenes Uebereinkommen, unter der Voraussetzung, daß seine Forderung nach Maß ihrer bücherlichen Rangordnung auf das Entlastungs-Capital überwiesen werden, oder im Sinne des §. 27 des kais. Patenten vom 8. November 1853 auf Grund und Boden versichert geblieben ist.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.

Tarnów, am 22. August 1860.

3. 1637 pr. Licitations-Antändigung. (2130. 3)

Vom Tarnower k. k. Kreisgerichts-Präsidium wird bekannt gemacht, daß zur Sicherstellung

1. Der Bespaltung der Gefangenen des Tarnower k. k. Kreis- und städt. deleg. Bezirks-Gerichts im Verwaltungsjahr 1861 nach Umständen auch 1862 und 1863 ferner der Lieferung,

2. von 262½ n. ö. Ktr. harten Buchenscheiterholzes für das Kreisgericht, städtisch-deleg. Bezirksgericht, Staatsanwaltschaft und das kreisgerichtliche Gefangenhaus in Tarnów auf das Verwaltungsjahr 1861,

3. von 359½ wiener Ellen Zwisch, 2865 w. Ellen Leinwand, 258 w. Ellen Strohsackleinwand, 12 Paar Pantofel, 3 Wachmäntel nach Umständen auch von 96 Paar Schnürschuh und 96 Paar Sohlen zum Doppeln der Schnürschuhe sammt Anfertigung der für die Gefangenen präliminären Montursorten,

4. von 300 w. Pfund Stearinkerzen, 182½ wiener Pfund Unschlitterkerzen, 544 w. Pfund Lampenöl, 5110 Stück Lampendochten, 78 w. Pf. Schweinfett (mit Knochenmark und Kürbiss) und 282 wien. Pfund ordinärer Seife,

5. von 10 Ries Großkanzel-Maschinpapier, 166 R. Kleinkanzlei-Maschinpapier, 200 Ries Kleinkonzept-Maschinpapier, 20 Ries Großkonzept-Büttenpapier, 6 Ries Median-Maschinpapier, 4 Ries Großpapier, 50 w. Pfund Spagatt, 60 wien. Pfund Siegellack, 180 Bund Federklei, 12 Schachte Bündhölzchen, 200 w. Ellen Packleinwand, 1000 w. Ellen Rebschnürr, 70 Schok Obleaten, 20 Lot schwarz-gelber Schnüre, 150 Halben Diente, 4 Duzend Bleistifte und 4 Duzend Rothstifte,

6. von 125 w. Zentner Kornlagerstrohes,

7. der Schmiedearbeiten für das kreisgerichtliche Gefangenhaus,

8. verschiedener Requisiten und Hausersfordernisse für das kreisgerichtliche Gefangenhaus, endlich zur Sicherstellung

9. des Kastens und Haarschneidens der Gefanglinge, auf das Verwaltungsjahr 1861 und für jede dieser Unternehmungen abgesondert, am 15. October 1860 und den folgenden Tagen um 9 Uhr Früh eine Lication in dem Kreisgerichts-Gebäude abgehalten werden wird. Das Badium für die Unternehmung:

zu 1. 632 fl. österr. Währ.  
zu 2. 228 fl. "  
zu 3. 99 fl. "  
zu 4. 67 fl. "  
zu 5. 133 fl. "  
zu 6. 7 fl. "  
zu 7. 3 fl. "  
zu 8. 15 fl. "  
zu 9. 4 fl. "

Was mit der Bemerkung zur allgemeinen Kenntnis gebracht wird, daß die letzte Mallefahrt von Bochnia bis Krynica am 29. und von Krynica nach Bochnia am 30. September 1. J. abzugehen hat, worauf die Mallepost auf die Strecke zwischen Bochnia und Neu-Sandez beschränkt werden und auf der Strecke zwischen Neu-Sandez und Krynica die wöchentlich dreimalige Bothen-fahrt verkehren wird.

Z rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, dnia 29. Sierpnia 1860.

3. 6573. Kundmachung. (2117. 3)

In Berücksichtigung der Witterungs-Verhältnisse, welche eine Verlängerung der diesjährigen Kurperiode veranlaßt haben, hat man sich bestimmt gefunden, den Verkehr der täglichen Sommereisfahrt zwischen Bochnia und Krynica bis Ende September 1. J. unter den mit der hieraml. Kundmachung vom 24. Juli 1860 3. 5631 verlautbarten Bedingungen zu gestalten.

Was mit der Bemerkung zur allgemeinen Kenntnis gebracht wird, daß die letzte Mallefahrt von Bochnia bis Krynica am 29. und von Krynica nach Bochnia am 30. September 1. J. abzugehen hat, worauf die Mallepost auf die Strecke zwischen Bochnia und Neu-Sandez beschränkt werden und auf der Strecke zwischen Neu-Sandez und Krynica die wöchentlich dreimalige Bothen-fahrt verkehren wird.

Von der k. k. galiz. Post-Direction.

Lemberg, am 31. August 1860.

L. 6573. Ogłoszenie.

W uwzględnieniu dłużej trwającego tego roku lagodnego powietrza, i wynikającego z tego przełużenia pory kąpielowej, postanowiono, zaprowadzoną codzienną komunikację malepocztową, pod kondycyami tutejszym Obwieszczeniem z dnia 24. Lipca 1860 L. 5631 ogłoszonemi, przedłużyc do końca Września r. b.

Co niniejszym z tą uwagą do publicznej wiadomości podaje się, że ostatnia jazda malepocztowa z Bochni do Krynicy dnia 29., a z Krynicy do Bochni dnia 30. Września r. b. ojeździ, po czym jazda malepocztowa znów na przestrzeni między Bochnią a Nowym-Śącem ograniczoną zasadniczą, a między Nowym-Śącem a Krynicą trzy razy tygodniowo poczta jednokonna kursować będzie.

Od c. k. galic. Dyrekcji pocztowej.

Lwów, dnia 31. Sierpnia 1860.

Buchdruckerei - Geschäftsführer: Anton Rother.

N. 4396.

E d y k t.

(2107. 3)

C. k. Sąd obwodowy Rzeszowski Zygmuntowi Żuławskiemu, Szymonowi Żuławskiemu, Ludwikowi Kossuthowi i Emilii z Kossuthów Żuławskiej a w razie ich śmierci tychże spadkobiercom, niesiezy edyktem oznajmia się, iż przeciw takowym Adryan, August, Amalryk 3 imion hr. Mailly do tutejszym Sądu pod dniem 18. Sierpnia 1860 do L. 4396 o uznanie, iż części sum 500 zł., 1239 duk., 1800 duk., 1420 duk. i 892 duk. z odsetkami, na cenie kupna dóbr Sendiszowa na miejscu XIV., XV., XVI i XIX. kollokowanych, pierwotnie Zygmunta i Szymona Żuławskich dotyczące, ostatecznie Emilii z Kossuthów Żuławskiego odstąpione, przeszły na zupełną własność pozywającego, pozew wytoczył i pomocy sądowej wezwiał, w skutek czego do ustnej rozprawy tego sporu termin na dzień 28. Listopada 1860 o godzinie 10tej zrana w tutejszym sądzie wyznaczonym zostało.

Ponieważ zapozwani z życia i pobitu nieznani są, Sąd obwodowy przeznaczy więc celem obrony praw ich, na ich koszt i niebezpieczeństwo tutejszego adwokata Dra Lewickiego, z substytucją adwokata Dra Reinera kuratorem, z którym spór niniejszy wedle przepisów postępowania cywilnego przeprowadzony zostanie.</